

■ **Seite 3: Versprechungen und Wirklichkeit.** Klimapolitik in den USA und in China ■ **Seite 4: Von Deutschland gemacht.** Die gemeinsame EU-Agrarpolitik verschärft die Probleme in der Landwirtschaft ■ **Seite 6: Das Geschäft mit der Nahrung.** Wie Lebensmittelspekulation funktioniert ■ **Seite 8: Alte und neue Klimaaktivisten.** Wer unterstützt und wer bekämpft sie?



»Fridays for Future«-Demonstration am 28. Juni in Berlin

LISA DUCRET/DPA

Soziale und ökologische Ziele zusammendenken

Auseinandersetzungen im Zeichen der Klimakrise: Arbeitskämpfe und Umweltaktivismus sind kein Widerspruch. **Von Steffen Stierle**

Die Berührungspunkte zwischen Gewerkschaftern und Klimaaktivisten sind noch immer deutlich zu spüren. Nicht nur, weil Metallarbeiter und Anti-Kohle-Demonstrant häufig recht verschiedene Typen sind, sondern vor allem, weil soziale und ökologische Kämpfe auf den ersten Blick manchmal widersprüchlich erscheinen. Sehen die einen Kohlekraftwerke und Autokonzerne als zentrale Bedrohungen für das Klima, fürchten die anderen angesichts forscher Ausstiegsforderungen um ihre Arbeitsplätze, sehen sich und ihre Familien mit der Gefahr des sozialen Abstiegs konfrontiert.

Ein Lehrstück des Prinzips »Teile und herrsche« – denn, wenn Soziales und Ökologie gegeneinander stehen, Gewerkschaften und Umweltbewegung sich gegenseitig schwächen, nutzt das vor allem dem Kapital, das mal mit

den einen gegen Arbeitsrechte und mal mit den anderen gegen Umweltnormen zu paktieren versucht, um sich an Mensch und Natur zu bereichern. Um so wichtiger, dass der oberflächliche Widerspruch zunehmend als oberflächlich erkannt und überwunden wird. Eine Klimawende ist nicht gegen die Industriearbeiter zu haben. Und Arbeitsplätze bei den Autobauern und in den Kohleregionen lassen sich nicht durch Beharren auf den Diesel oder das Leugnen des Klimawandels retten. Mittlerweile rufen Gewerkschaften zur Beteiligung an den »Fridays for Future«-Protesten auf. Umweltverbände wie BUND und NABU arbeiten mit der IG Metall zusammen, um Einfluss auf die Gestaltung des »sozial-ökologischen Umbaus« zu gewinnen.

Die *jW*-Beilage »Ökologie und Klassenkampf« will einen Beitrag zum Zusammendenken emanzipatorischer sozialer und ökologischer Ziele leisten. In seinem Beitrag »Soli-

darisch gegen die Klimakrise« veranschaulicht Wolfgang Pomrehn die Notwendigkeit rascher und radikaler Maßnahmen in der Klimapolitik und befasst sich mit der Frage, wie soziale Verwerfungen und Massenentlassungen vermieden werden können. Ohne Enteignungen wird es schwierig, so sein Fazit. Wenn Staat und Gesellschaft schon für den Umbau der Wirtschaft aufkommen, sollten sie auch die Kontrolle übernehmen.

Die folgenden Beiträge befassen sich mit Entwicklungen in verschiedenen Weltregionen. Die klimapolitischen Entwicklungen in den USA und in China werden beschrieben, wobei auch die Auswirkungen des Handelskriegs zwischen den beiden Mächten dargestellt werden. Die aktuellen Auseinandersetzungen um die EU-Agrarpolitik, die offiziell einen Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele leisten soll, in der Realität jedoch eher das Gegenteil bewirkt, werden

erläutert. Es wird dargestellt, wie der Krieg in Syrien Lebensgrundlagen wie Wasser, Boden und Luft zerstört.

Im *jW*-Interview erläutert der Ökonom und frühere Chefvolkswirt der Konferenz für Welt-handel und Entwicklung bei den Vereinten Nationen (UNCTAD), Heiner Flassbeck, wie Nahrungsmittelspekulation funktioniert, welche Folgen sie hat, wer davon profitiert und was man dagegen tun könnte. Um Ausbeutung in der Landwirtschaft geht es auch im Beitrag »Blutige Erdbeeren«. Darin wird dargestellt, wie Tausende Migranten und Flüchtlinge auf den Feldern Griechenlands zu Opfern von Gewalt werden.

Abschließend befasst sich ein Artikel mit der »alten« und der »neuen« Klimabewegung, den Forderungen der Schüler von »Fridays for Future«, ihren Gegnern sowie der zunehmenden Unterstützung aus Gewerkschaften und Wissenschaft.

Solidarisch gegen Klimawandel

Rasche und radikale Maßnahmen sind gefragt. Soziale Absicherung zentral. **Von Wolfgang Pomrehn**

Mitglieder der Gewerkschaft IG BCE protestieren vor einem Treffen der Kohlekommission (Berlin, 25. Januar 2019)

Endlich ist es im öffentlichen Bewusstsein angekommen: Der Klimawandel ist keine abstrakte Zukunftsbedrohung, sondern Realität. Nach Jahrzehnten des fahrlässigen Nichtstuns steckt die Welt in der Klimakrise. Gehandelt werden muss jetzt und nicht erst 2030 oder 2038, wie es der Bundesregierung noch immer vorzuschweben scheint. Die Eingriffe müssen drastisch ausfallen. Die materielle Basis unserer Energieversorgung und der ganzen Produktion muss radikal umgekrempelt werden. Nicht nur die Stromversorgung muss auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden, auch die Gebäudeheizungen und der Verkehrssektor. Zusätzlich müssen Stahl-, Zement und Chemikalienherstellung auf CO₂-freie Prozesse umgerüstet werden.

Wie gewaltig und rasch die Veränderungen vonstatten gehen müssen, lässt sich an dem verbleibenden »Treibhausgasbudget« ermessen, das sich die Menschheit noch leisten kann. Wie groß oder eher klein dieses ausfällt, hängt davon ab, welches Ziel angestrebt wird, welches Ausmaß globaler Erwärmung als gerade noch akzeptabel angesehen werden kann.

Viele Wissenschaftler, die Regierungen kleiner Inselstaaten und die Schülerbewegung »Fridays for Future« fordern, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Nur dann kann noch ein Teil der Korallenriffe gerettet werden, nur dann können wir uns sicher sein, dass die großen Eismassen auf Grönland und in der Antarktis langfristig halbwegs stabil bleiben, nur dann kann zumindest ein Teil der niedrig liegenden Inseln noch gerettet werden. Wobei nicht einmal dies völlig sicher ist. Ein kleiner Teil des Antarktiseises könnte bereits den »Punkt ohne Wiederkehr« überschritten haben oder dies demnächst tun. Entsprechend sagt auch die Pariser Klimaabereinkunft, dass die globale Erwärmung »deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau« gehalten und dass eine Begrenzung auf 1,5 Grad Celsius angestrebt werden sollte. Davon sind wir übrigens nur noch 0,4 bis 0,5 Grad entfernt.

Mittels der Computermodelle, die das globale Klima simulieren, lässt sich – mit einem gewissen Unsicherheitsfaktor – ermitteln, welche Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre zu einer 1,5 Grad Celsius wärmeren Welt passt. Demnach, so der jüngste Bericht des UN-Klimarates IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), kann die Menschheit von Mitte 2019 an noch 360 Milliarden Tonnen CO₂ in die Luft blasen. Dann hätten wir eine



FABRIZIO BERNSCHWEILERS

67prozentige Chance, dass die 1,5-Grad-Latte nicht gerissen wird.

Umgerechnet auf Deutschland, kommen wir mit unserer Bevölkerung von 83 Millionen Menschen auf einen Anteil von knapp vier Milliarden Tonnen. Die hätten wir, wenn wir so weitermachen wie bisher, bereits in fünf Jahren verbraucht. Dabei ist der Anteil durchaus großzügig bemessen. Schließlich leben wir seit vielen Jahrzehnten weit über unsere Verhältnisse und sind für einen erheblichen Teil des in der Atmosphäre bereits angereicherten Kohlendioxids verantwortlich. Nur die USA, China und Russland haben mehr beigetragen.

Wenn wir unsere Emissionen von derzeit 800 Millionen Tonnen CO₂ kontinuierlich um jährlich 80 Millionen reduzieren, wären wir in zehn Jahren bei Null und hätten unser Vier-Milliarden-Tonnen-Budget aufgebraucht. Das Ganze ist natürlich nur eine Überschlagsrechnung, aber sie vermittelt eine Ahnung, wo wir hinmüssen. Wenn einige vergleichsweise einfach umzusetzende große Einschnitte sehr früh gemacht werden, gäbe es etwas mehr Zeit für die schwierigeren Einsparungen. Hilfreich wäre vor allem ein möglichst schneller Kohleausstieg. 2018 haben die fürs öffentliche Netz arbeitenden Braunkohlekraftwerke rund 154 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen und dafür etwa 134 Milliarden Kilowattstunden ins öffentliche Netz eingespeist. Dieser Anteil könnte praktisch über Nacht von den Gaskraftwerken übernommen werden, die bisher nur zu höchstens 20 Prozent ausgelastet sind. Da diese weniger CO₂ pro Kilowattstunde erzeugen, wären auf einen Schlag knapp 90 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen vermieden.

Doch wie kann der notwendige rasche Umbau ohne größere gesellschaftliche Verwerfungen, ohne Massenentlassungen organisiert werden? Ohne dass die Rechnung wieder einmal den Arbeitenden und dem ärmeren Teil der Bevölkerung präsentiert würde? Besonders die von den Schülern sowie vielen Wissenschaftlern und Umweltschützern geforderte CO₂-Steuer wird von Linken und Gewerkschaften aus diesem Grunde mit Skepsis betrachtet. Doch die Steuer müsste nicht unbedingt unsozial ausfallen. Selbst die Mitte Juli veröffentlichten Vorschläge des für gewöhnlich neoliberal argumentierenden »Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« zeigen einen Weg auf, wie die CO₂-Steuer von oben nach unten

umverteilt werden könnte. Dafür müsste sie erstens auf wirklich alle CO₂-Emissionen erhoben werden. Zweitens könnte man die Einnahmen als Kopfpauschale an die Bürger zurückzahlen. Da die Reichen für gewöhnlich mehr Treibhausgase verursachen und ein erheblicher Teil ohnehin in der Industrie anfällt, käme so ein Umverteilungseffekt nach unten zustande.

Allerdings wird das nicht leicht durchzusetzen sein. Zum einen wird versucht werden, bestimmte Bevölkerungsgruppen von einer solchen Kopfpauschale auszuschließen, etwa Hartz-IV-Empfänger. Zum anderen wird die Industrie darum kämpfen, einen erheblichen Anteil vom Kuchen als Kompensation für gestiegene Energiekosten abzubekommen. Daher wäre es sinnvoller, im Gegenzug zur Einführung der CO₂-Steuer einige direkte Steuern und Abgaben abzuschaffen. Zum Beispiel könnte die Mehrwertsteuer auf Strom und Lebensmittel entfallen, die Stromsteuer gestrichen, Bus und Bahn könnten verbilligt oder die Kitagebühren abgeschafft werden.

Doch auch wenn die CO₂-Steuer sozial abgefedert wird, ist immer noch mit erheblichen Verwerfungen zu rechnen. Manches Unternehmen wird ins Straucheln geraten. In vielen Fällen wird staatliche Unterstützung nötig sein, wie sie demnächst schon

für die Braunkohleregionen gesetzlich fixiert werden soll. Dort, in der Lausitz und im Rheinland, fordern Bürgerinitiativen, die neuen Infrastrukturfonds unter Beteiligung der örtlichen Zivilgesellschaft zu verwalten. Das ist sinnvoll. Zudem sollte jede Finanzhilfe an Unternehmen mit Garantien für die Beschäftigten verbunden sein. Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie wäre gut beraten, ihre Mitglieder nicht länger gegen den Klimaschutz zu mobilisieren, sondern mit den Klimaschützern solche Garantien einzufordern.

Letztlich stellt sich wie schon zur Zeit der Bankenrettung die Frage, wieso Staat und Gesellschaft nicht gleich die Kontrolle übernehmen sollten, wenn sie schon zahlen. Das gilt auch für die Autoindustrie, die für Deutschland eine zentrale Rolle spielt. Dort sind zahlreiche Arbeitsplätze durch den Umstieg auf den Elektromotor gefährdet. Wieso nicht eine Industrie, die schon bald implodieren könnte, in gesellschaftliche Kontrolle überführen, den Umstieg auf andere Verkehrsmittel wie Busse und Bahnen gezielt angehen und dabei alle Beschäftigten sozial absichern? Eine solche Forderung könnte Allianzen zwischen Klimaschützern und Gewerkschaftern schaffen und wäre eine wichtiger Ansatz, wenn es demnächst darum geht, gegen Massenentlassungen zu kämpfen.

Ökologie & Klassenkampf erscheint als Beilage der *jungen Welt* im Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin.
Redaktion: Susanne Knütter, Steffen Stierle, Simon Zeise (V.i.S.d.P.);
Anzeigen: Nora Walther;
Bildredaktion: Jan Lieske;
Gestaltung: Michael Sommer.

ANZEIGE

SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Schwerpunkte im August und September:

■ Ende der Autogesellschaft

- Die Krise der Autoindustrie
- Mit dem E-Auto in die Ökokatastrophe
- Wie kann unsere Mobilität im Jahr 2030 aussehen?
- Die IG Metall und der Klimawandel – kritische Anmerkungen zum »Transformationskongress«
- Klima und Klasse: Bausteine für Klimagerechtigkeit

■ Die CO₂-Steuer ist keine Lösung – Erfahrungen aus der Schweiz

■ Sind die Grünen noch eine Umweltpartei?

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein (keine automatische Verlängerung)

Bestellung an: SoZ-Verlag · Regentenstr. 57-59 · D-51063 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

ANZEIGE

Rot-Rot in Brandenburg Soll das alles (linke Politik) sein

10 Jahre regiert Rot-Rot in Brandenburg – kurz vor der Landtagswahl stellt sich die Fragen, war die Regierungsbeteiligung ein Erfolg für linke Alternativen? Der Streit um den Braunkohleabbau und die Verfehlung der eigenen Klimaziele sowie die Verschärfung der Polizeigesetze sind zumindest in der Linken umstritten.

Es diskutieren über das Für und Wider linker Regierungsbeteiligungen: Thomas Nord, MdB für DIE LINKE aus Brandenburg sowie Winfried Wolf, Chefredakteur der Zeitschrift Lunapark 21. (angefragt)

Die akl Berlin lädt alle Interessierten herzlich ein.

akl
ANTIKAPITALISTISCHE LINKE BERLIN

Donnerstag, 15. 08. 2019
19:00 Uhr Rosa-Luxemburg-Saal
im Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

www.antikapitalistische-linke.de

Klimapolitik in USA und China

US-Präsident Trump macht im Wahlkampf auf grün. Echte Fortschritte beim Umweltschutz in China. **Von Jörg Kronauer**

Donald Trump war wie immer im Wahlkampf. »Vom ersten Tag an hat meine Administration es zu einer Toppriorität gemacht, sicherzustellen, dass Amerika die allersauberste Luft und das sauberste Wasser auf dem Planeten hat«, verkündete der US-Präsident am 8. Juli in einer Rede im »East Room«, dem großen Empfangssaal des Weißen Hauses. Saubere Luft – das soll ein Markenzeichen der Trump-Administration sein? Nun, Umfragen hatten gezeigt, dass nur 29 Prozent der US-Bevölkerung die Umweltpolitik des Präsidenten gut hießen, während 62 Prozent sie misbilligten. Schlimmer noch: Manche Wähler, die Trumps Wirtschaftspolitik gar nicht schlecht fanden, ließen sich tatsächlich von seinen Umweltmaßnahmen so stark verschrecken, dass unklar war, ob sie im kommenden Jahr für ihn stimmen würden. In Florida, einem für die Wahl besonders wichtigen Bundesstaat, legen sogar Republikaner wegen der klimabedingt unüberschaubar zunehmenden Überflutungen Wert auf eine gewisse Rücksichtnahme auf die Umwelt.

Es half also nichts: Trump stellte dem erstaunten Publikum am 8. Juli »Amerikas Führerschaft in Umweltfragen« vor. Sauberes Wasser, saubere Luft, besserer Schutz für Staatsland, Weltrekorde bei der CO₂-Einsparung.

Lässt man den Wahlkampf Wahlkampf sein und blickt auf die zweieinhalb Jahre der Trumpschen Präsidentschaft zurück, so kann kein Zweifel herrschen: Der Mann versucht alles, um die US-Industrie zu stärken und ihr sämtliche Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die man irgendwie beseitigen kann. Was sie aus eigener Kraft nicht schafft, das muss eben die Regierung für sie tun. Das ist Trumps Weg, den Niedergang der Vereinigten Staaten aufzuhalten. Zu den Hindernissen, die der Präsident beseitigen will, zählt auch die Umweltgesetzgebung seiner Amtsvorgänger, die US-Firmen punktuell Beschränkungen auferlegt.

Trump hat nicht nur mit dem Pariser Klimaschutzabkommen gebrochen. Er hat auch Emissionsregeln aufgeweicht, Gesetzesvorhaben zum Wasserschutz abgewürgt und bislang geschütztes Staatsland für Bergbau, Ölförderung und Fracking freigegeben. Er hat eine umstrittene Pipeline genehmigt, heftig kritisierte Methoden zur Erkundung von Öllagerstätten vor der Küste freigegeben und dem Tierschutz erste Schläge verpasst. Die *New York Times* hat 49 Umweltnormen dokumentiert, die die Trump-Administration abgeschafft oder aufgeweicht hat, sowie 34 weitere, die sie ebenfalls beseitigen oder zumindest abschwächen will – die meisten noch in diesem Jahr.

Und die Folgen? Was die saubere Luft angeht, die Trump aus Wahlkampfgründen nun zur Toppriorität erklären musste: Aus Statistiken der US-Umweltbehörde EPA (Environmental Protection Agency), deren Budget der Präsident kräftig zusammengekürzt und an deren Spitze er einen Kohlelobbyisten gestellt hat, geht hervor, dass mehrere Emissionswerte seit Anfang 2017 angestiegen sind, darunter der Kohlenmonoxidwert. Die Agentur AP hat sich die Mühe gemacht, EPA-Rohdaten auszuwerten, die sich auf die Luftqualität beziehen.



Demnach lag in US-Städten die Zahl der Tage, an denen die Luft offiziell als schädlich für Menschen mit Herz- oder Lungenkrankheiten eingestuft wird, im Jahr 2018 um 15 Prozent über dem Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2016.

Allerdings gelingt es Trump bislang nicht, seinen Angriff auf Umweltnormen wirklich umfassend durchzusetzen. Das liegt zum Teil am Markt: Erdgas ist zur Zeit billig genug, um so manche Kohlekraftwerke, die der Präsident gern fördern würde, unrentabel zu machen. Zum Teil schreiten Umweltschützer mit Erfolg gegen die Maßnahmen des Präsidenten ein. »Die Hälfte der amerikanischen Bundesstaaten mit mehr als der Hälfte der Bevölkerung stellt sich dem Rollback entgegen«, zitierte die *Zeit* im Herbst Jay Austin, den Chefredakteur einer Zeitschrift für Umweltschutz. Austin gab sich optimistisch: »Der Fortschritt ist nicht aufzuhalten, auch nicht von Trump.«

In einer gänzlich anderen Situation befindet sich China. Wer kennt sie nicht, die Geschichten vom schadstoffdurchtränkten Nebel, der sich über Asiens riesige Metropolen legt, von den giftigen Abgasen, die die Sonne unsichtbar und den Aufenthalt im Freien unerträglich machen, kurz: von den Städten mit der schlimmsten Luftverschmutzung der Welt? Die Lage ist dramatisch; nur: Anders, als regelmäßig suggeriert wird, liegen heute 15 der 20 Städte mit der miserabelsten Luftqualität nicht in China – dort befinden sich nur zwei –, sondern in Indien. Mit der Situation in der Volksrepublik hat sich eine im März 2018 publizierte Studie des Energy Policy Institute an der Universität Chicago befasst. Sie kommt zu dem Resultat, dass sich seit März 2014, als Ministerpräsident Li Keqiang den »Krieg gegen die Luftverschmutzung« ausrief, vieles in raschem Tempo verbessert hat. So sind die Schadstoffkonzentrationen am Perlflossdelta um 27 Prozent, in Shanghai um 34 Prozent und in der Region um Beijing um 36 Prozent gesenkt worden. Zwar sei »der Krieg noch nicht vorbei«, hieß es in der Studie aus Chicago; es stünden noch schwierige Phasen bevor.

Ist das möglich? Skeptisch rechnete ein Wissenschaftler von der London School of Economics, gestützt nicht nur auf chinesische, sondern auch auf NASA-Satelliten-Daten, nach. Im November 2018 publizierte er sein Resultat: China hat seine Luftqualität tatsächlich stark verbessert. Zwar sei es anfänglich eher schleppend vorangegangen, konstatierte er; dann aller-

dings stellten sich rasante Fortschritte ein.

Wird Beijing diesen Kurs fortsetzen? Im März 2019 stimmte Premierminister Li vorsichtiger Töne an. Angesichts der ökonomischen Probleme, die vor allem der US-Wirtschaftskrieg verursacht, müsse man Arbeitsplätze künftig wohl höher gewichten, äußerte Li: Die Unternehmen, die man zu Umweltschutzmaßnahmen verdonnert habe, hätten ihrerseits »vernünftige Forderungen«, die man künftig stärker als bisher berücksichtigen müsse. Gerät unter dem Druck der Trumpschen Strafzölle und Sanktionen der »Krieg gegen die Luftverschmutzung« in Gefahr? Man wird sehen.

Zweifellos gibt es noch viel zu tun; so ist China, während es die Kohleenergie entschlossen zurückzudrängen sucht und etwa auf dem Klimaschutzindex von Germanwatch nicht weit hinter Deutschland und noch vor Spanien und Polen im Mittelfeld rangiert, immer noch das Land mit den größten CO₂-Emissionen. Allerdings setzt es als aufstrebende Macht recht konsequent auf Zukunftstechnologien – und das sind eben nicht nur High-Tech-Branchen wie 5G und Künstliche Intelligenz, sondern auch

Umwelttechnologien, ohne die das Überleben auf Dauer, vorsichtig formuliert, schwierig wird.

Alle anderen überholt hat China schon jetzt auf dem Feld der erneuerbaren Energien, auf dem es, wie es im vergangenen Jahr in einer Publikation des World Economic Forum hieß, längst »der unumstrittene Wachstumsführer« ist: Im Jahr 2022 werde es aller Voraussicht nach 40 Prozent zur global erzeugten »sauberen« Energie beitragen. Noch seien die Vereinigten Staaten Nummer zwei unter den Wachstumsmärkten für erneuerbare Energien, hieß es in der Publikation weiter; ob sie dies unter Präsident Trump aber bleiben könnten, sei ungewiss. China freilich schreite weiter mit hohem Tempo voran, nicht zuletzt bei der Solartechnik. Wobei es, glaubt man einer Studie der ETH Zürich, eine bedauerliche Einschränkung gibt: Die zwar verminderte, aber noch lange nicht beseitigte Luftverschmutzung senkt die Energieausbeute chinesischer Solaranlagen spürbar. Zwölf bis 13 Prozent mehr Energie könnten die Anlagen bei saubererer Luft produzieren. Es bleibt noch viel zu tun.

Windräder und Solaranlagen in China (Zhangjiakou, 29. Oktober 2018)

ANZEIGE

Aufgabe: Überleben!

eine egalitäre Verteilung der Güter und Dienstleistungen erreicht, die niemand durch Armut ausgrenzt. Starker Kontrast in der BRD: Geldgierige Konzerne, denen willfährige Politiker jede Umweltsauerei durchwinken, bestimmen den (Unter)gang der Dinge. Unser industrieller Entwicklungswahn wird der gesamten Welt weiterhin aufgezwungen. Die Proteste der Menschen werden ignoriert und laufen zumeist ins Leere. **Wiederum Cuba: Taréa Vida**, ein von Cubas Regierung aufgelegtes Programm, soll die Folgen der Erderwärmung reduzieren. Schon wird ein Rohrsystem verlegt, das Süßwasser bei Bedarf zwischen Landesteilen umleiten kann. Die Maßnahmen werden intensiv mit der Bevölkerung diskutiert. Ein sozialistisches Land zeigt Alternativen!

Informationen zu Cuba:
netzwerk-cuba.de

Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.
 Weydingerstr. 14-16 · 10178 Berlin
 Info@netzwerk-cuba.de
 Tel. 030-240 093 38 · Spenden:
 Postbank Berlin · BIC: PBNKDEFF
 IBAN: DE52 1001 0010 0032 3301 04

NETZWERK CUBA
 - informationsbüro - e.V.

EU-Agrarpolitik made in Germany

Lobbyisten und Politiker verhindern sinnvolle Förderkriterien. **Von Steffen Stierle**

Landwirtschaftsministerin und »Bauernpräsident« (Schkeuditz, 26.6.2019)

Seit über einem Jahr wird in Brüssel um die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gefeilscht. Das ist nicht ohne, geht es doch um die Vergabe von rund 60 Milliarden Euro im Jahr. Für nichts gibt die EU mehr Geld aus als für die Landwirtschaft. Die erhoffte Einigung vor den EU-Wahlen im Mai ist nicht gelungen. Derzeit wird ein Abschluss im Herbst angepeilt.

Dabei stehen die Verhandlungen nicht nur unter dem Druck des EU-Kalenders, sondern auch unter jenem zahlreicher mit dem Agrarsektor verbundener Probleme, die dringend angegangen werden müssten: Zu niedrige Erzeugerpreise und Nachwuchsprobleme machen den Landwirten schon lange zu schaffen. Das »Höfesterben« greift um sich. In den letzten Jahren wurden die Folgen des Klimawandels immer spürbarer, wie etwa im Dürresommer 2018, der auch in diesem Jahr aufgrund vertrockneter Böden weiter nachwirkt. Gleichzeitig sollen die Agrarbetriebe mehr zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele beitragen, etwa indem sie möglichst ökologisch wirtschaften, um Artenvielfalt und Biodiversität zu schützen, oder indem sie ihren CO₂-Ausstoß drastisch reduzieren.

Der Druck im Kessel der GAP-Verhandlungen steigt außerdem durch den allgemeinen Druck auf den EU-Haushalt. Zum einen wollen gerade große »Geberländer« wie Deutschland lieber weniger als mehr Geld nach Brüssel überweisen. Großbritannien wird wohl in absehbarer Zeit überhaupt nichts mehr beitragen. Zum anderen sieht sich die Brüsseler Technokratie mit zahlreichen »neuen Aufgaben« konfrontiert, die es rasch anzupacken gilt – etwa einer verstärkten Abschottung an den Außengrenzen, militärischer Aufrüstung im und neben dem NATO-Rahmen oder neuen Instrumenten zur Stabilisierung der Euro-Krisenwährung. Während die Zahl der mit der GAP verbundenen Ziele wächst, dürften die zu ihrer Realisierung verfügbaren Mittel also deutlich zurückgehen.

Wie viele Milliarden am Ende auch immer in den GAP-Topf kommen – um irgendwelche Probleme zu lösen, müssen sie sinnvoller eingesetzt werden als in der Vergangenheit. Denn bisher müssen geförderte Betriebe vor allem bürokratische, weniger aber soziale oder ökologische Kriterien beachten, um an die Mittel zu kommen. So werden rund 70 Prozent der GAP-Gelder über die »erste Säule« nach dem Kriterium der Betriebsgröße vergeben. Wer mehr Hektar bewirtschaftet, bekommt mehr Geld. Ob Böden geschont werden und auf Pestizide



HENDRIK SCHMIDT/DPA-ZENTRALBILDZB

verzichtet wird, ob Tiere artgerecht gehalten oder lokale Vertriebssysteme aufgebaut werden, all das spielt bei der Mittelvergabe keine Rolle.

So führt die Vergabepaxis gleich doppelt dazu, dass die GAP die Probleme im Zusammenhang mit der Landwirtschaft eher verschärft, als dass sie zu ihrer Lösung beiträgt: erstens, weil kleinere Betriebe in der Regel nachhaltiger wirtschaften und die Orientierung auf lokale Märkte zu weit umweltverträglicheren Lieferketten führt als die Weltmarktorientierung des großen Agrarbusiness. Doch kleine Betriebe werden systematisch benachteiligt, wenn die Förderung sich vor allem durch die Hektarzahl bestimmt und noch dazu bürokratische Hürden aufgebaut werden, die für den Kleinbauern deutlich schwerer zu nehmen sind als für den großen Konzern. Zweitens, weil die Mittelvergabe nicht genutzt wird, um sinnvolle Anreize zu schaffen. Wer besser produziert, etwa indem er auf Chemikalien verzichtet oder dem einzelnen Tier mehr Platz gewährt, produziert teurer. Wer also auf eine Art und Weise produziert, die den genannten gesellschaftlichen Zielen wie Klimaschutz oder Tierwohl zuwiderläuft, verschafft sich Wettbewerbsvorteile.

Allein zwischen 2003 und 2013 ist die

Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU laut dem »Agraratlas«, den der Umweltverband BUND und die Heinrich-Böll-Stiftung im März herausgegeben haben, um ein Viertel zurückgegangen – 96 Prozent der weggefallenen Höfe verfügten über weniger als zehn Hektar Betriebsfläche. Mittlerweile bewirtschaften EU-weit 3,1 Prozent der Betriebe über die Hälfte der Agrarfläche. Für diese klimaschädliche und unsoziale Entwicklung ist die EU-Agrarpolitik nicht allein verantwortlich. Aber sie verschärft den Trend.

Dass die GAP so offensichtlich an ihren Zielen vorbeischießt und dies wohl auch in Zukunft tun wird, hat viel mit Lobbyismus und der Rolle Deutschlands, des stärksten Mitgliedsstaats der EU, zu tun. Der Reformvorschlag der Kommission beinhaltet zumindest ein paar Schritte in die richtige Richtung, auch wenn der Europäische Rechnungshof (EuRH) im November zu Recht kritisierte, dass die »Bemühungen der EU um einen umweltfreundlicheren und stärker leistungsgestützten Ansatz« den selbstgesteckten Zielen hinterherhinken. Leistungsgestützt heißt, dass Leistungen für die Gesellschaft stärker in den Vordergrund rücken sollten. Allerdings bleibe, so der EuRH in seiner Stellungnahme, die

hektarbezogene Förderung weiterhin dominant. Zudem seien zuwenig Möglichkeiten vorgesehen, die Leistungserbringung durch die Agrarbetriebe auch zu kontrollieren.

Doch zumindest sieht das Konzept aus Brüssel einige Korrekturen bei der flächenbezogenen Förderung vor, etwa durch die Deckelung der Fördersumme pro Betrieb. Auch will die Kommission in der ersten Säule eine gewisse Steuerbarkeit einführen, indem die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit bekommen, einen Teil der Mittel zugunsten von Klima- und Umweltprojekten umzuwidmen. Neue Verpflichtungen für die Betriebe sind beispielsweise bezüglich der Einhaltung der Fruchtfolge oder des Schutzes von Feuchtgebieten vorgesehen.

Doch kaum waren die Vorschläge auf dem Tisch, begann die deutsche Regierung in Person von Agrarministerin Julia Klöckner (CDU) und im Auftrag der mächtigen Lobbyisten vom Deutschen Bauernverband (DBV) selbige zu sabotieren. Ähnlich wie Klöckners Vorgänger Christian Schmidt (CSU) beim geplanten, aber dann doch an seiner Person gescheiterten Glyphosat-Verbot. Ähnlich wie beim Engagement mehrerer Bundesressorts gegen ambitionierte CO₂-Reduktionsziele auf EU-Ebene.

In Deutschland erstickt der DBV die Stimme der Kleinbauern, und in Brüssel erstickt Deutschland die Stimme umweltpolitisch ambitionierterer Mitgliedsstaaten und Institutionen. Nicht ohne Grund sprach der *Spiegel* im Januar im Zusammenhang mit dem DBV von einem krakenhaft verzweigten Netzwerk, »dessen Tentakel bis in die wichtigen Ebenen und Machtzentren reichen, in Politik, Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft.« Bundestagsausschüsse, Ministerien und Landwirtschaftskammern sind flächendeckend mit Verbandsmitgliedern durchsetzt. Vor allem die C-Parteien stellen den Agrarlobbyisten immer wieder Tickets in die Entscheidungskreise zur Verfügung. Gemeinsam mit Konzernen wie dem Chemieriesen BASF oder dem Glyphosatproduzenten Bayer stemmen sich die »Bauernvertreter« gegen die Agrarwende und halten die Interessen der Großkonzerne hoch. Gegen ein strenges Tierwohllabel. Gegen ein Verbot des Kükenschredderns. Gegen eine strenge Düngerregulierung. Stets mit beachtlichem Erfolg.

Die Agrarlobby ist eine der mächtigsten überhaupt in Deutschland. Da könnte sogar mancher Autolobbyist neidisch werden. Und Deutschland ist der mächtigste Mitgliedsstaat in der EU. Keine guten Vorzeichen für die 2021 beginnende nächste siebenjährige Förderperiode.

ANZEIGEN

25 Jahre Kampf um ökologische Positionen in der PDS und der LINKEN.

„Der Kapitalismus [untergräbt] „die Springquellen alles Reichtums ...: die Erde und den Arbeiter.“

Marx hat mit anderen Worten unsere heutigen globalen ökologischen Probleme vorweggenommen: menschengemachter Klimawandel bis hin zur -katastrophe mit Überschwemmungen, Wirbelstürmen, Extremwetter, Hitzewellen, Dürren, Trinkwassermangel und Hunger sowie Ressourcenerschöpfung, Verlust der Biodiversität, Bodendegradation, sinkende Agrarproduktion, Überfischung und Versauerung der Ozeane – um nur einige zu nennen. Die zerstörerischen Tendenzen gehören zum Wesen des Kapitalismus als wachstums-, profit- und dominanzorientiertes System und können ohne seine Überwindung nicht

beseitigt werden. Daher sind Umwelt- und soziale Bewegungen objektiv 'zwei Seiten einer Medaille'. Soziale Gerechtigkeit ist in einer lebensfeindlichen Umwelt, auf die wir wegen der Erderhitzung zusteuern, nicht erreichbar. Natur- und Umweltschutz doktern nur an Symptomen herum, wenn sie nicht auch die kapitalistischen Ursachen angehen – selbst, wenn sich die verschiedenen Akteure dessen noch nicht bewusst sind. Während die Grünen glauben, die kapitalistische Wirtschaftsweise mit einem 'New Deal' zügeln zu können, hat DIE LINKE den Klimaschutz erst nach der Hitzewelle 2018 in fünf Punkten ("was nötig ist, um das Klima zu retten") skandalisiert. Manchmal dauert es leider etwas länger, aber jetzt muss konkrete Politik folgen.

Ökologische Plattform
bei der Partei
DIE LINKE

**Beiträge
zur
Umweltpolitik**

Götz Brandt

„100 Prozent ökologisch UND sozial“
Notwendiger Strategiewechsel der LINKEN

Heft 8 **DIE LINKE.**

Die Ökologische Plattform kämpft seit 25 Jahren in der PDS und der LINKEN darum, dass *„die Fragen und Zusammenhänge, die sich aus der existentiellen Bedrohung der Menschheit infolge der ungelösten Umweltprobleme ergeben, (...) ihren Niederschlag im politischen Wirken dieser Partei finden.“* Dabei freuen wir uns über jede Unterstützung. Wir sind bundesweit in Landes- und lokalen Gruppen organisiert und bieten zu fast allen aktuellen Themen zahlreiche Flyer und Broschüren an, die von unserer Homepage abgerufen und bei uns bestellt werden können.

Macht mit beim sozialökologischen Umbau!
<https://www.oekologische-plattform.de/>
info@oekologische-plattform.de

Im Norden Syriens brennen die Felder. Schwere Feuer werden aus Idlib, vor allem aber aus den Gebieten nördlich und östlich des Euphrats gemeldet. Es fehlt an Wasser, es fehlt an Löschfahrzeugen oder Flugzeugen, um die brennenden Gebiete zu retten. Der Wind treibt die Flammen an, die Menschen kämpfen dagegen teilweise mit Eimern und Decken. Brände treten bei den hohen Temperaturen im östlichen Mittelmeerraum immer wieder auf.

Doch weil die Felder auch im Südosten der Türkei und im Nordirak brennen, vor allem also in den Gebieten, die von kurdischen Organisationen kontrolliert werden, führt das bei diesen zu der Schlussfolgerung, dass sie als Kurden angegriffen werden. In einer Erklärung machen die syrischen Kurden drei mögliche Täter für die Brände verantwortlich: »verdeckte Terrorzellen« des »Islamischen Staates« (IS), die »Ungläubige« bestrafen wollten; den türkischen Staat, der die Kurden bekämpfte, wo es nur gehe, und den syrischen Staat, der quasi aus Rache die Felder in Brand steckte. Die betroffene Bevölkerung wolle mit Syrien keinen Handel treiben, zur Strafe werde ihr Ackerland angezündet. Syrische Oppositionelle, die der Türkei nahestehen, machen derweil die syrischen Kurden für die Brandstiftung verantwortlich.

Die Vernichtung von Ackerland kann von Provokateuren angefangen worden sein, um Verhandlungen zu behindern und die Bevölkerung gegeneinander aufzuhetzen. Syrien ist ein Agrarland, das bis vor wenigen Jahren seine Bevölkerung ernähren und Agrarprodukte exportieren konnte.

Die heiße Kriegsphase in Syrien ist weitgehend vorbei. Noch wird in Idlib, im Norden und Osten des Landes gekämpft, doch 70 Prozent Syriens wurden seit Ende 2016 – mit Hilfe der Verbündeten aus Russland und dem Iran – wieder unter die Kontrolle der syrischen Regierung und der Streitkräfte gebracht. In diesen Gebieten hat ein großes Aufräumen begonnen, das die immense Zerstörung noch deutlicher macht. Vieles kann nicht gereinigt und wiederaufgebaut werden, weil das US-Öl embargo den Zugang zu den eigenen Ressourcen östlich des Euphrats verhindert und die EU-Wirtschaftssanktionen sowohl den Ölsektor als auch den Handel blockieren, den die Syrer für ein besseres Leben und für einen Neuanfang benötigen.

Die Lebensgrundlagen – Wasser, Boden, Luft – sind vom Krieg betroffen. Natürliche Ressourcen wurden als Waffe benutzt, und wie zuvor im Irak wurde auch im Osten Syriens giftige Uranmunition eingesetzt.

Wasser als Waffe

Quellen, Wasserläufe, Kanäle, Dämme und Bewässerungsanlagen wurden von den bewaffneten Gruppen im ganzen Land besetzt und wiederholt außer Betrieb genommen oder zerstört. Die Trinkwasserversorgung wurde unterbrochen, um die Freilassung von Gefangenen oder den Rückzug der Streitkräfte zu erpressen. Ziel war immer wieder die Stadt Aleppo, die ihr Wasser fast überwiegend aus dem Euphrat bezieht. Anfang März 2016 begrüßte das UN-Kinderhilfswerk (UNICEF) die Freigabe der Wasseraufbereitungsanlage Al-Khafsa am Euphrat, die zwei Monate zuvor, am 16. Januar 2016, von den islamistischen Kampfgruppen geschlossen worden war. Die Anlage versorgt mehr als zwei Millionen Menschen in Aleppo und im Umland mit Trinkwasser. Allein im Jahr 2015 waren nach UNICEF-Angaben mehr als fünf Millionen Syrer durch ähnliche Aktionen der Regierungsgegner von der Trinkwasserversorgung abgeschnitten. Nur einmal berichtete UNICEF darüber, wie Wasser als Waffe eingesetzt wird. Umgehend machten die syrischen Oppositionellen und ihre westlichen Unterstützer die syrische Regierung verantwortlich. Die Schließung und teilweise Zerstörung der Fidscha-Quelle (Jahreswechsel 2016/17), die Damaskus und Umland mit Wasser



Krieg gegen Mensch und Umwelt

Brennende Felder im Irak (Region Dschasira, undatiert)

Zielscheibe Wasser, Boden und Luft: In Syrien werden die Lebensgrundlagen durch Kampfhandlungen zerstört. **Von Karin Leukefeld**

versorgt, lastete die UN-Untersuchungskommission zu Syrien der syrischen Regierung und Russland an. Damaskus dementierte.

US-Angriffe auf Ölfelder

Im September 2014 griff die US-geführte »Anti-IS-Allianz« mit Marschflugkörpern von Kriegsschiffen aus dem Persischen Golf an. Ziel waren die vom »Islamischen Staat« besetzten Ölfelder im Osten Syriens zwischen Deir Al-Sor und dem irakisch-syrischen Grenzort Abu Kamal. Zuvor waren diese Ölförderanlagen von der »Freien Syrischen Armee« kontrolliert worden, dann kam die Fatah-Al-Scham-Front, dann der IS.

Die unsachgemäße Förderung von Öl durch die Kämpfer sorgte für großflächige Umweltverschmutzungen. Öl und giftige Reststoffe drangen in Boden und Grundwasser ein. Die Bombardierung zerstörte die wenige Jahre vor dem Krieg neu installierten Anlagen und weitete die Verseuchung aus. Die Menschen begannen, Tausende handbetriebene Raffinerien zu betreiben, um das Rohöl zu verarbeiten. Ein

UN-Satellitenfoto von Deir Al-Sor zeigt unzählige schwarze Punkte, von denen Rauch aufsteigt. Die Menschen, die dort arbeiteten, waren oft Kinder und Jugendliche. Sie waren ungeschult, arbeiteten mit bloßen Händen und ohne Atemschutz.

Die meisten dieser manuell betriebenen Raffinerien sind inzwischen stillgelegt, die Menschen sind geflohen. Doch die Boden- und Wasserversuchung wird sich ausbreiten, es wird Jahrzehnte dauern und viel Geld kosten, die Umwelt zu reinigen. Für die Reparatur und/oder den Wiederaufbau der zerbombten Ölförderanlagen und die Entsorgung der handbetriebenen Raffinerien fehlt der syrischen Regierung das Geld.

Die Gebiete der großen Ölfelder nördlich und östlich des Euphrats, Omari, Rumeilan, Karatschok, werden heute von den US-Amerikanern und den syrischen Kurden auch für Militärbasen genutzt. Die Ölförderung läuft dort – wenn überhaupt – unter ihrer Kontrolle, der offiziellen »Syrischen Petroleumgesellschaft« und ihren Ingenieuren wird der Zugang verwehrt. Die Ölfelder werden als Druckmittel gegen die syrische Regierung benutzt.

Einsatz von Uranmunition

Im November 2015 setzte die US-Luftwaffe in Syrien in zwei bekannten Fällen abgereicherte Uranmunition (DU, Depleted Uranium) in Syrien ein. Erst im Februar 2017 wurden die beiden Einsätze offiziell vom US-Zentralkommando der Streitkräfte, Centcom, bestätigt. 5.265 panzerbrechende 30-Millimeter-DU-Geschosse seien abgefeuert worden, bestätigte am 14. Februar 2017 Centcom-Sprecher Major Josh Jacques einem Mitarbeiter der NGO Airwars, der seine Recherchen zeitgleich bei *Foreign Policy* veröffentlichte. »A-10«-US-Kampfflugzeuge, die extra für DU-Munition ausgerüstet sind, hätten am 16. November 2015 nahe der syrisch-irakischen Grenzstadt Abu Kamal einen Konvoi angegriffen. Dabei sollen nach Centcom-Angaben 116 Tanklastwagen des IS zerstört worden sein. Am 22. November 2015 seien nach US-Angaben weitere 283 Tanklastwagen des IS in dem

Gebiet zwischen Al-Hasaka und Deir Al-Sor unter Einsatz von DU-Munition zerstört worden.

DU-Munition ist ein Abfallprodukt aus der Anreicherung von Uran-235. Sie enthält einen besonders gehärteten Kern, der Panzer und Bunkeranlagen durchschlagen soll, dann erst folgt die Explosion. Dabei wird radioaktiver Staub freigesetzt, der sich mit Wind und Sand weitflächig verteilt. Er verseucht die zerstörten Fahrzeuge, die meist von der lokalen Bevölkerung auf der Suche nach Brauchbarem zerlegt werden. Der giftige Staub kontaminiert Luft, Boden und Wasser und dringt in Mensch, Tier und die Pflanzenwelt ein, wo er unter anderem Krebs auslöst und das Erbgut schädigt. Langfristige Folge sind schwerste Fehlbildungen bei Neugeborenen. Während des Krieges gegen den Irak 1992, bei der völkerrechtswidrigen Invasion im Zweistromland 2003 und bei den Angriffen auf die Stadt Falludscha 2004 wurde in großen Mengen DU-Munition eingesetzt. Die Folgen sind bis heute im Irak zu sehen.

ANZEIGE

Verlag Graswurzelrevolution

Handbuch für gewaltfreie Kampagnen

WRI (Hg.) **Handbuch für gewaltfreie Kampagnen**

253 S. | zahlr. Abb. | 18,90 Euro
ISBN 978-3-939045-32-8

Soziale Umwälzungen passieren nicht einfach so. Aktionen gut vorbereiten, ist der Schlüssel zum Erfolg. Dieses Handbuch führt Erfahrungen von gewaltfreien Kampagnen in verschiedenen sozialen Zusammenhängen und unterschiedlichen Ländern der Welt zusammen.

»Ein Handbuch, wie es im Buche steht: Reich untergliedert mit vielen Querverweisen, voller Praxisbeispiele, ergänzt durch inhaltlich zugeordnete Literaturtipps, kurzum benutzer*innenfreundlich.«
Contraste, Juli 2018

Infos & Gesamtverzeichnis: www.graswurzel.net

ANZEIGE

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Naturausbeutung und Klimakrise

Z119 (September 2019). Klimakrise II: Was tun im Treibhaus? Leisewitz: Kapitalismus und Umwelt; Garnreiter: CO₂-Abgabe – ein Fortschritt für die Klimapolitik? / Troost: Kohleausstieg und sozial-ökologischer Umbau der Lausitz / Lütten: Kohleausstieg und Arbeiter in der Lausitz / Stache: US-amerikanischer Ökosozialismus (I)

Z117 (März 2019). Lotter: Marx' Begriff der Nachhaltigkeit

Z116 (Dezember 2018). Stache: Naturausbeutung als Klassenfrage / Pomrehn: Klimapolitik nach Paris

Z114 (Juni 2018). Klimakrise: Industriepolitik und Kapitalinteressen Foster: Die lange ökologische Revolution / Heede: Die „Carbon Majors“ / Witt: Energiewende 2018 / Garnreiter: Schneller Kohleausstieg / Balsmeyer / Knierim: Klimakrise, Autoindustrie und Verkehrspolitik / Lohbeck: Fehlentwicklungen in der Autoindustrie

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Z: Einzelpreis 10,- Euro (zzgl. Versand); Abo (4 Hefte) 35,- Euro, erm. 28,00 Euro (Ausland: 43,-/36,- Euro).

Bezug über: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de – e-mail: redaktion@zme-net.de

Sie haben zwischen 2003 und 2012 als Chefvolkswirt der Konferenz für Welthandel und Entwicklung bei den Vereinten Nationen (UNCTAD) gearbeitet. In Ihrer Funktion haben Sie sich intensiv mit der Spekulation mit Nahrungsmitteln und anderen Ressourcen auseinandergesetzt. Wie laufen solche Geschäfte ab?

Das ist relativ einfach. Fangen wir an mit der klassischen Art der Spekulation: die berühmten Absicherungsgeschäfte. Der Bauer verkauft seinen Weizen schon im Frühjahr an einen Marktteilnehmer, der damit handeln will. Dadurch weiß der Bauer schon im Frühjahr, wieviel er im Herbst für seinen Weizen bekommen wird. Es kann natürlich der Fall eintreten, dass der Preis im Verlauf der Zeit weiter steigt, dann verliert der Bauer etwas bei dem Geschäft, oder niedriger, dann gewinnt er etwas hinzu. Das ist die traditionelle Absicherung.

Wie wird mit solchen Absicherungsgeschäften großes Geld verdient?

In den 2000ern wurde etwas völlig anderes etabliert: finanzielle Spekulation. Jemand kauft etwa einen Berechtigungsschein, um Öl zu besitzen, mit der einzigen Absicht, dass das Papier an Wert gewinnt. Und das geschieht wiederum, wenn der Ölpreis steigt. Man spekuliert also schlicht auf die Preissteigerung. Weil es so große Massen von Spekulanten waren, haben die Ölpreise den völligen Kontakt zur Realität von physischer Angebot und Nachfrage verloren und werden heute weitgehend von den Finanzmärkten bestimmt.

Eins muss man wissen: Die Preisbildung an diesen Märkten ist nicht trivial sondern sehr kompliziert. Auf all diesen Rohstoffmärkten gibt es spezialisierte Firmen – die meisten sitzen übrigens in Genf – die nichts anderes machen als rumzutelefonieren und zu fragen: Wie könnte denn heute der Preis zum Beispiel für Eisen, Stahl oder Zinn sein? Die versuchen dann, tatsächlich einen Preis zu bilden. Wenn aber von den Finanzmärkten solche starken Signale kommen, und es heißt, Eisen geht hoch und Stahl geht hoch, weil irgendwelche Leute meinen, sie müssten mit Stahl spekulieren, dann steigt der Preis tatsächlich. Von steigenden Preisen profitieren erstmal alle, außer den Kunden. In erster Linie profitieren reiche Menschen dieser Welt davon, die nicht wissen, wohin mit ihrem Geld. Sie geben es Hedgefonds und Banken. Die Deutsche Bank zum Beispiel war lange ein großer Player in diesem Markt, auch wenn sie sich unter öffentlichem Druck ein wenig zurückgenommen hat.

Wie kamen Sie den Händlern auf die Schliche?

Unser zentraler Beweis war die Korrelation zwischen Nahrungsmittelpreisen und den übrigen spekulativ gehandelten Gütern. Wir haben gezeigt, dass es eine hohe Korrelati-



NACHO DOCE/REUTERS

»Industrieländer haben vollständig blockiert«

Westliche Regierungen wehrten sich gegen Regulierung von Spekulationsgeschäften. Investoren ziehen Gewinne aus Handel mit Nahrungsmitteln. **Ein Gespräch mit Heiner Flassbeck**

on bei den Preisbewegungen gibt, zwischen Gütern, die eigentlich völlig unabhängig voneinander sind.

Welche Auswirkungen haben Rohstoffspekulationen auf die Bevölkerungen der betroffenen Länder?

Im einzelnen ist das schwer zu sagen. Wenn beispielsweise Kupfer teurer wird, ist es schwer festzustellen, wo die negativen Wirkungen sind. Aber ganz eindeutig war es 2008. Die sogenannten Staple Goods, in denen mehrere Nahrungsmittel gebündelt gehandelt werden, und die man in großen Massen transportieren und verkaufen kann, gehören dazu. Diese waren 2008 im Zuge der Finanzkrise enorm verteuert worden. Dies hat in einigen Ländern zu Aufständen, Revolten und Hunger geführt. Heute muss man sagen, die Spekulationswelle ist abgeebbt. Sie ging ungefähr bis 2012. Der Grund dafür ist einfach. Die vorherrschende Ideologie, mit der die Spekulation in den 2000ern begründet wurde, lautete: Die Chinesen werden die Rohstoffe für 100 Jahre verteuern. Dieses Argument hat sich schlichtweg als falsch erwiesen. Doch auch heute gilt, dass die meisten Preisbewe-

gungen immer noch finanzmarktgetrieben sind – beim Öl sieht man es derzeit am deutlichsten.

Welche Vorschläge zur Unterbindung der Nahrungsmittelspekulation haben Sie unterbreitet?

Der Handel mit Rohstoffderivaten sollte begrenzt oder sogar völlig verboten werden. Das Hauptinstrument sollten sogenannte Position Limits sein, das heißt, bestimmte Rohstoffe durften nicht über einer bestimmten Menge von einem einzelnen Händler gehalten und gehandelt werden. Das war für den Markt eine irre Drohung. Der Vorschlag wurde sogar in der Gesetzgebung der EU irgendwo erwähnt, aber es ist so eingeführt worden, dass es nie eine Rolle gespielt hat. In den USA haben sie die Regeln nach der Finanzkrise von 2007 ein wenig verschärft, aber die Maßnahmen sind nie zur Geltung gekommen.

Wurden Konsequenzen gezogen?

Nein, eben nicht, keine. Wir hatten 2008 eine UNCTAD-Studie veröffentlicht und versucht, die Politik zu bewegen. Teilweise hatten wir Erfolge. Es gab einige Politiker, die sich an die Spitze der Bewegung gesetzt

hatten. Der damalige Präsident der Dominikanischen Republik, Leonel Fernández, der als intelligenter Mensch ein Interesse daran hatte. Mit Fernández und anderen Politikern haben wir in New York eine große Konferenz veranstaltet. Aber das ist alles verpufft, weil die Industrieländer uns vollständig blockiert haben. Es gab 2012 nochmal einen Versuch im Rahmen der G20. Doch allein der Vorschlag, über Nahrungsmittelspekulationen zu reden, wurde brutal abgeblockt – natürlich von den US-Amerikanern, aber auch von den Europäern. Die britische Regierung stand fest auf der anderen Seite, weil die Londoner City kräftig mitmischte. Insofern ist daraus politisch nichts gefolgt.

In Deutschland sind die Lebensmittelpreise relativ niedrig. Toben sich die Hedgefonds hierzulande nicht aus?

Nahrungsmittel in Deutschland sind billig, weil Deutschland billig ist. Das liegt nicht an den Nahrungsmitteln als solchen, sondern an den Dienstleistungen, die dahinter stehen. Die Verkäufer verdienen in Deutschland schlichtweg 20 Prozent weniger als in Frankreich. **Interview: Simon Zeise**

Regenwaldabholzung in Brasilien (23.9.2013)



Heiner Flassbeck arbeitete von 2003 bis 2012 als Chefvolkswirt der Konferenz für Welthandel und Entwicklung bei den Vereinten Nationen (UNCTAD). Er ist Mitherausgeber des Onlinemagazins *Makroskop.eu*

SALVATORE DI NOLLE/EPADRA-BILDFUNK

GegenStandpunkt 2-19

Österreichs Regierung – vom eigenen Kanzler entsorgt
Eine Zwischenbilanz der türkis-blauen Wende

Die Regierungskoalition aus FPÖ und ÖVP pflegt einen neuen Stil des Durchregierens, reformiert das ‚Armenwesen‘, die Krankenkassen sowie das Arbeitsrecht, geht gegen die sog. ‚Invasion Illegaler‘ vor und führt einen Kulturkampf gegen den ‚politischen Islam‘. Und es hätte, wenn nicht ewig, so doch bis zum Ende der Legislaturperiode so weitergehen können. Auf diesen Zeitraum waren auch die Vorhaben der Koalition abgestellt, wie die Steuerreform. Dann stellt sich heraus, dass die so ‚professionell‘ gemanagte Öffentlichkeitsarbeit („message control“) der Regierung vor zwei Jahren auf Ibiza, mithin vor dem Amtsantritt, brutal versagt hatte...

Zum Beispiel Bayer-Monsanto:

Von der Monopol konkurrenz in der Landwirtschaft

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Fusion von Bayer und Monsanto herrscht anfangs Freude über die ‚größte Übernahme der deutschen Wirtschaftsgeschichte‘. Nachdem dann mehrere Gerichte in den USA Monsanto's Verkaufsschlager Glyphosat bescheinigen, Krebs auszulösen, der Klage eines betroffenen Hausmeisters auf eine

millionenschwere Entschädigung Recht geben und damit den Kurs der Bayer-Aktie auf Talfahrt schicken, kommen neue Bedenken auf: ‚Wird Monsanto für Bayer zum Milliardengrab?‘ Die Anteilnahme, mit der die Profis der deutschen Öffentlichkeit das Treiben ihrer lokalen Global Players begleiten, ist rührend. Dabei wird vor lauter Sorge um den Erfolg der Transaktion deren großartiges Ziel gar nicht gewürdigt, obwohl die Chefs die allerbesten Motive haben...

Weitere Themen: Die Wahlen zum EU-Parlament 2019: ‚Proeuropäer‘ gegen ‚Souveränisten‘ – zwei feindliche Lager kämpfen um dasselbe Europa // Streiks bei Ryanair // Offener Brief an ‚Fridays for Future‘ // Kritik der Geschichtswissenschaft // Donald Trumps Politik in Lateinamerika // Politikerportrait: Winfried Kretschmann

Vollständiges Inhaltsverzeichnis der Zeitschrift unter www.gegenstandpunkt.com
GegenStandpunkt 2-2019 ist für 15 € über den Buchhandel zu beziehen oder durch Bestellung an:

Gegenstandpunkt Verlag, Kirchenstr. 88, 81675 München

Tel.: 089-2721604; Fax: 089-2721605; E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de

Sechs Monate lang arbeiteten 200 Pflücker aus Bangladesch und Pakistan unbezahlt auf den Erdbeerefeldern Nea Manoladas im Westen der Peloponnes. Als die Verzögerungstaktik des Plantagenbesitzers und seine Drohungen, dass er die Arbeiter abschieben lassen werde, nicht mehr wirkten, legten die Pflücker ihre Arbeit nieder und verlangten ihren Lohn. »Wir gehen hier nicht weg, bis wir bezahlt werden«, lautete die Devise. 150.000 Euro hatte ihnen der Betreiber vorenthalten. »Verschwindet, sonst legen wir euch um – und wenn ihr wieder herkommt, machen wir euch fertig«, sollen die Aufseher nach Angaben der Betroffenen gedroht haben.

Nach einer heftigen Auseinandersetzung verließen die Vorarbeiter die Plantage, kamen aber nach kurzer Zeit bewaffnet mit Gewehren zurück und eröffneten das Feuer. 31 Arbeiter wurden dabei verletzt, acht davon schwer. »Drei von ihnen schossen auf uns, während die anderen uns mit Stöcken schlugen. Die Schießerei dauerte mehr als 20 Minuten«, sagte einer der Pflücker gegenüber Amnesty International. Die Schüsse trafen teilweise Kopf sowie innere Organe. Morsed Chowdury, einer der Arbeiter aus Bangladesch hatte 28 Schrotkugeln im Körper.

Der Angriff auf die Landarbeiter im April 2013 war eine weitere Facette des bis dato undokumentierten »Erdbeerkriegs«, brachte den düsteren Alltag tausender Migranten und Flüchtlinge in Griechenland in das öffentliche Bewusstsein und enthüllte die Mafiamethoden vieler Plantagenbesitzer in den ländlichen Regionen des Mittelmeeres. Bei jeder Forderung nach Lohn wurde den Arbeitern mit Abschiebung gedroht. Jede Verzögerung der Arbeit wurde von den Aufsehern mit Flüchen oder Prügeln bestraft. Bis zu zwölf Stunden am Tag mussten sie unter der brütenden Sonne arbeiten. Und das alles für einen Tageslohn von höchstens 20 Euro – unversichert.

Fahrlässige Justiz

Der blutige Vorfall in Manolada löste eine Welle der Empörung aus. Supermärkte und Obstläden weigerten sich Erdbeeren aus Manolada zu kaufen. Kunden, die die »blutigen« Erdbeeren entdeckten, forderten die Ladeninhaber auf, diese nicht mehr anzubieten. Es begann ein Boykott der Ware, die durch Zwangsarbeit produziert wurde.

Weniger entschlossen, wenn nicht sogar fahrlässig, reagierte die griechische Justiz auf den Angriff gegen die Arbeiter. Nur einer der vier Angeklagten wurde der gefährlichen Körperverletzung für schuldig befunden, während ein anderer wegen einfacher Mitschuld verurteilt wurde. Beide Täter wurden dennoch auf Be-



Blutige Erdbeeren

Tausende Migranten und Flüchtlinge arbeiten auf den Feldern Griechenlands und werden Opfer von Ausbeutung und Gewalt. **Von Eftymis Angeloudis**

währung freigelassen, während auch der Plantagenbesitzer von der Anklage wegen Zwangsarbeit einstimmig freigesprochen wurde. Politiker, Gewerkschaften und antirassistische Gruppen hatten das Urteil als schwarzen Tag für die Gerechtigkeit bezeichnet.

Die Arbeiter wandten sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Das Gericht entschied 2017 im Fall »Chowdury und andere gegen Griechenland« zugunsten der 42 Bangladescher und verurteilte den griechischen Staat zu Schadensersatz in Höhe von jeweils 16.000 Euro, weil er »gegen seine Verpflichtungen zur Verhinderung des Menschenhandels verstoßen hat«. Athen gelobte Besserung. Wirklich verändert hat sich an den Lebensbedingungen der migrantischen Arbeiter auf den Erdbeerefeldern von Manolada jedoch nichts. Die Pflücker hausen immer noch in Folien-

tunneln und Baracken, ohne Strom und fließendes Wasser direkt auf den Feldern.

Verbrannte Erde

Als ob diese Situation nicht schon schlimm genug wäre, zerstörte ein Feuer im Juni 2018 die Zeltunterkünfte von knapp 400 Arbeitern und mit ihnen ihre Papiere und ihr Ersparnis. Die Syriza-Regierung versprach den Opfern des Brandes Hilfe und verschaffte 200 von ihnen Aufenthaltstitel. »Leider wurde dieses Verfahren wegen der Wahlen gestoppt«, sagt die Menschenrechtsanwältin und Beauftragte der Initiative »Manolada Watch« Stevi Kitsou gegenüber jW. Wie die neue Regierung mit den Erdbeerpflückern umgehen wird, ist noch ungewiss.

Ein Jahr nach dem Feuer haben sich die Lebensbedingungen der Arbeiter nicht verbessert. Die neuen Hütten wurden wie-

der nur provisorisch auf den Überresten der alten Unterkünfte und auf Müll und Schlamm errichtet. Mehr als 5.000 Landarbeiter leben seitdem wieder in Lagern im Umland von Nea Manolada. »Die Pflücker leben wortwörtlich auf verbrannter Erde«, moniert Kitsou. Das Wohnlager sei eine Brutstätte für Infektionen – die Hütten, die aus hitzedurchlässigen Gewächshausmaterialien gebaut sind, seien »Öfen«.

Dank der Präsenz der Anwälte von »Manolada Watch« und der medialen Aufmerksamkeit, haben sich wenigstens die Arbeitsverhältnisse ein wenig verbessert. Die Pflücker arbeiteten diese Saison nur noch sieben Stunden am Tag, wenn auch zum gleichen Tageslohn (20 bis 25 Euro) wie noch vor dem Angriff. Kitsou ist froh darüber, dass wenigstens die Löhne nicht mehr einbehalten werden, doch ihr ist bewusst, dass es noch viel zu tun gibt, um den Agrararbeitern zu helfen.

Abgebranntes Wohnlager bei Nea Manolada Ende Mai dieses Jahres

ANZEIGE



Das Saatgut nicht den Konzernen überlassen

Mit Ihrer Unterstützung fördern wir die ökologische und gentechnikfreie Saatgutforschung. Ohne Hybride und Patente! Helfen Sie mit Ihrer Spende, dass Saatgut Kulturgut bleibt.

Spendenkonto
GLS Bank
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE77 4306 0967 0030 0054 12
Stichwort: jw
www.saatgutfonds.de/online-spende

www.saatgutfonds.de
www.zukunftsstiftung-landwirtschaft.de

GLS *Trenhand*
Zukunftsstiftung
Landwirtschaft



CHRISTIAN HANIG

»Die Forderungen der Schüler sind berechtigt«

Eine neue Klimabewegung ergänzt die alte. Unterstützung aus Wissenschaft und Gewerkschaften. **Von Wolfgang Pomrehn**

Seit Herbst 2018 demonstrieren Schüler freitags weltweit für ein Umdenken in der Klimapolitik

Mitte Juli startete der neoliberale Lobbyverein »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« eine Kampagne gegen Klimaschutz im Allgemeinen und gegen die »Fridays for Future«-Bewegung im besonderen. Das hat Symbolkraft: Eine Riege alter, weißer Männer im teuren Anzug und mit Eindruck schindenden akademischen Titeln, angeführt von Ex-Hartz-IV-Minister Wolfgang Clement, tritt an, um mit einer Propagandaschlacht den Einfluss einer jungen, internationalen, bunten, überwiegend von Mädchen und jungen Frauen organisierten Bewegung zu bekämpfen.

Angefangen hat alles ganz unscheinbar. Zum Beginn des letzten Schuljahres setzte sich eine junge schwedische Schülerin mit einem Schild vors Stockholmer Parlament. »Skolstrejk för Klimatet« stand drauf – »Schulstreik fürs Klima«. Jeden Freitag saß sie da. Dann ließ sie sich fotografieren und stellte die Bilder auf Twitter. Das war im September 2018. Blitzschnell verbreitete sich die Nachricht über die »sozialen Netzwerke«. Die Zeit war offenbar reif für diesen Anstoß der jungen Greta Thunberg.

In Deutschland hatten dies schon die Proteste für den Erhalt des Hambacher Forstes und die von Mal zu Mal größer werdenden Aktionen von »Ende Gelände« gegen den Braunkohletagebau ahnen lassen, oder in Großbritannien die nahezu

zeitgleich zu Thunbergs ersten Schulstreiks entstandene Bewegung »Extinction Rebellion« (etwa »Rebellion gegen das Aussterben«). Wie »Ende Gelände« setzt diese auf Aktionen zivilen Ungehorsams. Die einen blockieren den Betrieb der Tagebau, die anderen den öffentlichen Verkehr. Erstmals mit aufsehenerregenden Sitzblockaden auf Londons Themsebrücken im Dezember letzten Jahres und zuletzt Mitte Juli in zahlreichen britischen Städten in einer Aktionswoche.

Auch in Belgien gingen den Mobilisierungen der Schüler große Aktionen der »alten« Umweltbewegung voraus. Monatlang hatte 2018 die »Klimaatcoalitie/Coalition Climat«, ein Bündnis von mehr als 70 Organisationen, für den 2. Dezember mobilisiert. Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz im polnischen Katowice demonstrierten schließlich 65.000 Menschen in Brüssel. Das, so Julie Van Houtryve von der »Klimaatcoalitie« Ende Juli gegenüber *jw*, sei die größte Klimademonstration gewesen, die die belgische Hauptstadt bis dahin gesehen hatte. Danach sei die Bewegung zum Selbstläufer geworden. Getragen von der Euphorie der Demonstration im Dezember und den sich ausweitenden Schülerprotesten folgte eine zweite Demonstration für mehr Klimaschutz am 27. Januar, an der sich nun auch viele Schüler beteiligten. 70.000 Menschen gingen auf die Straße.

Angestoßen durch Greta Thunbergs

Aktionen ist neben der alten eine neue Klimabewegung entstanden. Thunberg wurde zum Vorbild für Jugendliche in aller Welt, die von den gleichen Befürchtungen umgetrieben werden. Von der Sorge um die Zukunft des Planeten, von der Sorge, in einigen Jahrzehnten in einer Welt leben zu müssen, die von steigenden Meeren, Ernteausfällen, sich ausbreitenden Seuchen und extremen Hitzewellen ins Chaos gestürzt wird. Diese Sorge hat nun ein Ventil. Die Schüler sind nicht mehr ohnmächtig, sondern können sich organisieren, zusammen auf die Straße gehen.

Seit Herbst 2018 verschafft sich eine neue frisch politisierte Generation Gehör, und zwar nicht nur in Schweden oder Deutschland, in Belgien oder Großbritannien, sondern auch in Indien, Uganda, Argentinien und vielen weiteren Ländern. Meist sind es um die 100 Länder, aus denen jeden Freitag Schulstreiks oder andere Aktionen der Schüler auf der zentralen Internetseite der »Fridays for Future«-Bewegung angemeldet werden. Am internationalen Aktionstag am 15. März beteiligten sich in 2.379 Städten in 135 Ländern Schüler an Demonstrationen und Streiks.

Hierzulande finden in »normalen Wochen« Aktionen, Mahnwachen, Demonstrationen und Schulstreiks in rund 40 Städten statt – auch während der Sommerferien –, wobei nicht überall wöchentlich demonstriert wird. In Deutschland gibt es inzwischen über 500 Ortsgruppen. Diese wählen Delegierte, die an regelmäßigen Telefonkonferenzen teilnehmen, über die sich die Bewegung bundesweit koordiniert.

So ist auch der kurze Forderungskatalog des deutschen Ablegers der internationalen Bewegung zustande gekommen. In diesem wird die sofortige Stilllegung eines Viertels der Kohlekraftwerke, ein Kohleausstieg bis 2030 und eine 100prozentige Versorgung mit Energie aus erneuerbaren Energieträgern bis 2035 gefordert. Außerdem plädiert die Bewegung für ein sofortiges

Ende der Subventionen für fossile Kraftstoffe und eine CO₂-Steuer in Höhe von 180 Euro pro Tonne, einschließlich einem Mechanismus der dafür sorgt, dass die Bezieher niedriger Einkommen nicht zusätzlich belastet werden.

Zwei Themen kehren in den Stellungnahmen, Reden und Diskussionsbeiträgen der jungen Bewegung hierzulande wie auch anderswo immer wieder: die Forderung nach Generationengerechtigkeit mit dem Hinweis, dass die heute Jungen es sein werden, die in einigen Jahrzehnten die volle Wucht der sich entfaltenden Klimakrise zu spüren bekommen. Und die Forderung, doch endlich auf die Wissenschaft zu hören. Tatsächlich haben sich viele zehntausend Wissenschaftler in verschiedenen nationalen und internationalen Aufrufen hinter die Schüler gestellt. »Die Anliegen der demonstrierenden jungen Menschen sind berechtigt (...) und gut begründet«, heißt es zum Beispiel in einem im März veröffentlichten Appell, den über 26.800 Wissenschaftler aus den deutschsprachigen Ländern unterzeichnet haben. Die Autoren legen wie auch die Jugendlichen Wert darauf, dass der Klimaschutz nicht auf Kosten der Schwächsten geht: »Eine sozial ausgewogene Verteilung von Kosten und Nutzen des Wandels ist dabei unerlässlich.«

Ganz ähnlich auch der Tenor eines Aufrufs deutscher Gewerkschafter und Betriebsräte, die für eine Beteiligung am nächsten internationalen Aktionstag am 20. September werben. In bezug auf die von ihnen grundsätzlich unterstützten Forderungen der Schüler heißt es dort: »Unsere Aufgabe ist es dabei, diese manchmal auch als soziale Bedrohung wahrgenommenen Forderungen zu ergänzen um kollektive Sicherheiten und gute Perspektiven für Beschäftigte, deren Interessen wir vertreten. So weitermachen wie bisher geht auf keinen Fall. Die Freiheit einer Generation endet, wo sie die Freiheit der folgenden gefährdet.«

ANZEIGE

ANZEIGE

Drei Wochen lang:
Gratis lesen!

* Und hier das Kleingedruckte:
Kostenlos! Unverbindlich!
Endet automatisch!
Muss nicht abbestellt werden!



Jetzt bestellen unter jungewelt.de/probeabo
Abotelefon: 0 30/53 63 55-84